



Am Sonnabend haben wir Sie gefragt:

Würden Sie in einen Bus einsteigen, der ohne Fahrer von einem Computer gesteuert wird?

Das Ergebnis:

Ja 34% **Nein** 66%

Abgestimmt haben 3123 Leser, Stand: 18 Uhr.

Die neue Frage:

Sind Sie mit den Bedingungen, die Bus und Bahn auf Ihrem Weg zur Arbeit bieten, zufrieden?

Stimmen Sie ab auf Abendblatt.de

SPRECHEN SIE HAMBURGISCH?

baff Dor bin ik aber baff, sagte mein Vater, als ich ihm stolz meine Drei in Mathe präsentierte. Und er hatte recht, überrascht, ja beinahe sprachlos zu sein, denn Mathematik ist nie mein Lieblingsfach gewesen.

Beste Grüße
Olaf Haselhorst, Wandsbek



Peter Schmacht
hagen: **Hamburger Wortschatz**, 556 S., 24,95 Euro. Im Buchhandel und beim **Abendblatt** (abendblatt.de/shop und Telefon 040/33 36 69 99)

Vorschläge und Anmerkungen zur Serie senden Sie bitte vorübergehend an die E-Mail-Adresse hamburgisch@t-online.de. (Betreff: Hamburgisch).

„Steht auf für Aleppo!“ Rund 1000 Teilnehmer bei Demonstration

HAMBURG :: Mehrere Hundert Menschen haben am Sonnabend in Hamburg gegen den Krieg in Syrien demonstriert. Die Polizei sprach von 800 Teilnehmern, die Organisatoren von bis zu 1500. Auf Plakaten hieß es: „Stopp den Krieg“ oder „Hand in Hand mit Aleppo“. Überall waren syrische, aber auch türkische Fahnen zu sehen.

Die Kundgebung in der Innenstadt zwischen Hauptbahnhof und Jungfernstieg war Teil der Protestaktion „Steht auf für Aleppo!“. In Hamburg hatte das Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland zu dem Protest aufgerufen. Der Sprecher des Bündnisses, Ibrahim Yazici, sprach von einer erfolgreichen friedlichen Kundgebung. Auch in Berlin gab es zwei Demonstrationen.

Der Protest richtete sich auch gegen die Syrien-Politik Russlands und gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. (dpa/HA)

Radfahrer von Auto getötet und meterweit mitgeschleift

LURUP :: Ein 68 Jahre alter Radfahrer ist am Sonnabendmorgen bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Laut Polizei war eine Autofahrerin (54) gegen 10.20 Uhr mit ihrem VW Golf auf der Ueckerstraße unterwegs und wollte in die Franzosenkoppel abbiegen. Dabei übersah sie den Radfahrer, der gerade den Einmündungsbereich der Ueckerstraße innerhalb der Radfurt überqueren wollte, und erfasste ihn mit ihrem Auto. Laut Polizei verlor sie dann die Kontrolle über ihr Auto.

Der 68-Jährige, der unter den Golf geraten war, wurde mehrere Meter bis zum gegenüber liegenden Gehweg mitgeschleift. Er starb noch am Unfallort. Die Autofahrerin erlitt einen Schock und kam ins Krankenhaus. Die Franzosenkoppel war während der Unfallaufnahme und Räumung zwischen Jevesteder Straße und Kleiberweg rund zweieinhalb Stunden gesperrt. (dah)



Sie gründeten die Volksinitiative „Gute Inklusion für Hamburgs Schüler“, von links: Hanna Schweizer (Schulsprecherin), Maik Findeisen (Elternrat), Sylvia Wehde (Elternrätin), Pit Katzer (ehemaliger Schulleiter) und Jule Meier (Schulsprecherin)

Marcelo Hernandez

Volksinitiative für bessere Inklusion

Eine der Forderungen: **600 Lehrstellen mehr** für gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung

PETER ULRICH MEYER

HAMBURG :: Die Inklusion zählt zu den größten Herausforderungen des Schulunterrichts. Seit 2010 haben Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Hamburg das Recht auf den Besuch einer allgemeinbildenden Schule. Inzwischen lernen fast 80 Prozent der Jungen und Mädchen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen gemeinsam mit allen anderen Kindern an einer Grund-, einer Stadtteilschule oder einem Gymnasium.

Immer wieder gab es Kritik vor allem an der angeblich unzureichenden personellen Ausstattung der Schulen, zumal die Zahl inklusiv beschulter Kinder innerhalb weniger Jahre stark angewachsen ist. Jetzt haben sich Eltern, Lehrer, Schulleiter und Schüler zur Volksinitiative „Gute Inklusion für Hamburgs Schüler“ zusammengeschlossen. Ihr Ziel: eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen.

„Für mich ist die Inklusion das schulische Programm der Zukunft“, sagt Pit Katzer, einer der Initiatoren und früherer Schulleiter der Erich-Kästner-Stadtteilschule (Farmserne), die einen inklusiven Schwerpunkt hat. Inklusiver Unterricht sei „inhaltlich sehr anspruchsvoll, aber machbar“, so Katzer. „Aber das geht im Interesse aller Kinder nicht zu den Rahmenbedingungen, wie sie im Moment vor-

herrschen.“ Die Volksinitiative stellt fünf zentrale Forderungen. Zunächst soll die personelle Ausstattung für den Unterricht der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache sowie soziale und emotionale Entwicklung (LSE) deutlich erhöht werden. Rechnerisch

Für mich ist die Inklusion das schulische Programm der Zukunft

Pit Katzer, ehemaliger Schulleiter der Erich-Kästner-Stadtteilschule

erhält jede Schule pro LSE-Kind derzeit drei Lehrerunterrichtsstunden pro Woche zusätzlich. Allerdings wird dabei an den Grundschulen von einem LSE-Anteil von vier Prozent ausgegangen. Auch wenn Schulen einen höheren Anteil an LSE-Kindern haben, gibt es nicht mehr Personal.

Die Volksinitiative fordert nun, dass die Personalzuweisung auf einen LSE-Anteil von sieben Prozent erhöht wird. „Wir wollen hier eine Anpassung an die Realität“, erläutert Katzer, der für die vierten Klassen aktuell von acht Prozent ausgeht. Die Kinder mit LSE-Förderbedarf stellen die mit

Abstand größte Gruppe: Von den mehr als 9152 LSE-Kindern im Schuljahr 2015/16 besuchten 6350 Jungen und Mädchen eine allgemeinbildende Schule, nur noch 2802 eine Sonderschule.

Die zweite Forderung betrifft die Schüler mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung. Hier soll die Personalzuweisung nach dem Willen der Volksinitiative um ein Drittel erhöht werden, um eine bessere individuelle Förderung zu ermöglichen.

Außerdem wollen die Initiatoren die Anstrengungen für den behindertengerechten Umbau der Schulen erhöhen. Zehn Jahre lang sollen zehn Millionen Euro jährlich für die Schaffung von barrierefreien Schulen bereitgestellt werden. Für Schüler mit Behinderungen soll an Grund-, Stadtteilschulen und Gymnasien in gleichem Umfang therapeutisches und pflegerisches Personal beschäftigt werden wie an speziellen Sonderschulen. Die fünfte Forderung betrifft die Räume: Pro Schüler mit einer Behinderung sollen acht Quadratmeter mehr Raum im sogenannten Musterflächenprogramm für Schulen vorgesehen werden. Dieses Programm, das unter anderem den Flächenanspruch der Schulen, bezogen auf die Schülerzahl, regelt, macht bislang keine Trennung zwischen Schülern mit und ohne Behinderung.

Katzer geht davon aus, dass allein die von der Initiative geforderten Per-

sonalverstärkungen ein Plus von 600 bis 650 Stellen ausmachen würden. Das entspräche in etwa einem Volumen von 40 Millionen Euro. Der SPD-geführte Senat hat seit 2012 an den staatlichen allgemeinbildenden Schulen nach Angaben der Schulbehörde bereits 1141 Vollzeitstellen von Lehrern und Sozialpädagogen für Aufgaben der Inklusion geschaffen.

„Die personellen und räumlichen Ressourcen für die Inklusion reichen im schulischen Alltag nicht aus“, sagt Maik Findeisen, Elternrat an der Irenasender-Stadtteilschule (Wellingsbüttel) und Mitgründer der Volksinitiative. „Alle sind bemüht, aber man merkt, dass niemand einen Führerschein für Inklusion hat – weder die Schüler noch die Lehrer“, sagt Findeisen. Es sei ein längerer Prozess nötig, damit alle Beteiligten zusammenfinden.

Anfang Februar soll die Sammlung der Unterschriften starten. Innerhalb eines halben Jahres müssen dann 10.000 Unterstützer gewonnen werden, damit die nächste Stufe – das Volksbegehren – erreicht wird. Die Initiatoren dürften den Zeitraum auch mit Blick auf den dann einsetzenden Bundestagswahlkampf gewählt haben, um den Druck auf die Politik zu erhöhen.

Vorbild könnte eventuell die Volksinitiative „Guter Ganztag“ sein, die sich im Juni mit Rot-Grün auf einen Kompromiss geeinigt hatte.

NACHRICHTEN

BAHNHOF ALTONA

Zwei Comic-Hefte waren zu viel – Ladendieb muss ins Gefängnis

ALTONA :: Peng, wruum, argh – 148 Tage Haft. Zwei Comic-Hefte sind einem per Haftbefehl gesuchten Ladendieb zum Verhängnis geworden. Er wurde am Sonnabend im Bahnhof Altona nach dem Diebstahl von zwei Heften mithilfe eines Kaufhausdetektivs von einer Streife der Bundespolizei gefasst. Die Überprüfung seiner Personalien ergab, dass der Mann wegen Diebstählen in zehn Fällen und anderer Delikte gesucht wurde. Eine Strafe in Höhe von rund 2800 Euro hatte er nicht gezahlt – und muss dafür jetzt eine Ersatzfreiheitsstrafe von 148 Tagen verbüßen. (Ino)

FAHNDUNG ERFOLGLOS

Räuber überfällt Haspa-Filiale an der Fuhsbüttler Straße

BARMBEK-NORD :: Ein Unbekannter hat an der Fuhsbüttler Straße in Barmbek-Nord eine Filiale der Hamburger Sparkasse (Haspa) überfallen und nach Darstellung der Polizei 300 Euro erbeutet. Der Maskierte habe bereits am Freitagabend einer Bankangestellten (24) einen Zettel vorgehalten, auf dem er unter Androhung von Waffengewalt Geld forderte, teilte die Polizei am Sonntag mit. Nach der Geldübergabe flüchtete er zu Fuß. Verletzt wurde niemand. Eine sofort eingeleitete Fahndung mit 29 Streifenwagen führte nicht zur Ergreifung des Bankräubers. (Ino/dah)

ISRAELITISCHES KRANKENHAUS

Iris Berben bei Benefiz-Matinée für fünf Jahre Hospiz-Arbeit

NEUSTADT :: Innerhalb von fünf Jahren hat das Hospiz-Team des Israelitischen Krankenhauses mehr als 400 Sterbende begleitet. Für die neun Plätze gibt es rund 2800 Anwärter. Am gestrigen Sonntag luden Leiterin Julia Deimling und Geschäftsführer Marcus Jahn zur Benefiz-Matinée ins Emporio-Hochhaus. Rund 360 Gäste kamen, darunter Schauspielerin Iris Berben, die eine bewegende Rede zum Thema Sterben hielt. Die Hamburger Liedermacherin Anna Depenbusch begeisterte am Klavier. Auch das Team und die ehrenamtlichen Hospiz-Helfer wurden gewürdigt. (fru)

SIE SPENDEN 520 EURO

Grundschüler aus Niendorf engagieren sich für Tierschutz

NIENDORF :: Wie man Mathe und Wohltätigkeit unter einen Hut bringt, zeigt jetzt die Niendorfer Grundschule Bindfeldweg. Bei einem Klassenflohmarkt nahmen die Schülerinnen und Schüler 520 Euro ein und spendeten das Geld an die Försterei des Niendorfer Geheges und den Nabu. Die Kinder hatten gebrauchtes Spielzeug, Bücher und CDs mitgebracht, sich Preise überlegt und für kleines Geld an ihre Mitschüler verkauft. Die Kinder konnten so Erfahrungen im Umgang mit Geld sammeln und gleichzeitig etwas Gutes tun.

Linke will PUA zu Asklepios-Deal

Die **Privatisierung des LBK** soll auf den Prüfstand. Skepsis bei anderen Fraktionen

HAMBURG :: Die Bürgerschaftsfraktion der Linken regt nach Bekanntwerden neuer Details zum Vertragsverhältnis zwischen der Stadt und dem Krankenhauskonzern Asklepios einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) an. „Neben dem skandalösen Kaufpreis und anderen dubiosen Vergünstigungen erfahren wir nun, dass sich hinter der Fassade der städtischen Miteigentümerschaft die bedingungslose Unterwerfung der Stadt gegenüber Asklepios verborgen hat“, sagte der Linken-Gesundheitspolitiker Deniz Celik.

Nach einem Bericht des „Spiegels“ haben die vom Senat entsandten Mitglieder des Asklepios-Aufsichtsrats nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten und können zum Beispiel einen neuen Vorstandsvorsitzenden nicht ablehnen. Der damalige CDU-Senat hatte den Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) 2005 für nominell 318 Millionen Euro an Asklepios verkauft, obwohl sich die Hamburger in einem Volksentscheid dagegen ausgesprochen hatten.

„Der gesamte Privatisierungsprozess muss jetzt auf den Prüfstand. Das kann nur im Rahmen eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses erfolgen“, sagte Celik.

„Hamburg sitzt im Aufsichtsrat am Katzentisch“, sagte auch SPD-Fraktionschef Andreas Dressel. Dennoch müsse es darum gehen, den vorhandenen Spielraum zu nutzen. „Der LBK-Deal war nicht nur ein Bruch des Volksentscheids, sondern auch ein schlecht ausgehandelter Vertrag“, sagte Dressel. Allerdings gebe es „kein wirkliches Erkenntnisdefizit“ und damit bestehe auch kein Grund für einen PUA. Für den von den Linken ins Spiel gebrachten Rückkauf der Asklepios-Kliniken sieht Dressel „keine realistische Perspektive“.

Auch Grünen-Gesundheitspolitikerin Christiane Blömeke spricht von einem „miserablen Vertragswerk der CDU, das eindeutig zulasten der Stadt geht“. Alle Nachfolgesenat seien daran gebunden. „Ich wusste nicht, was man in einem PUA noch mehr aufdecken

will“, sagte die Grüne. CDU-Fraktionschef André Trepoll weist darauf hin, dass der LBK in Jahrzehnten der SPD-Herrschaft heruntergewirtschaftet war. „Ohne die Privatisierung wären die erforderlichen Investitionen nicht ansatzweise möglich gewesen“, sagte Trepoll, der für einen PUA keinen Anlass sieht.

Asklepios äußerte sich nicht zu den Verträgen mit der Stadt. Unternehmenssprecher Rune Hoffmann wies darauf hin, dass Asklepios seit Übernahme des LBK mehr als 2500 neue Arbeitsplätze geschaffen und mehr als 1,25 Milliarden Euro investiert habe. „Bei der Behandlung von jährlich mehr als 700.000 Patienten in Hamburg können wir nicht vollständig verhindern, dass Fehler passieren. Wir bedauern jeden Fehler sehr und tun alles dafür, dass sich Fehler nicht wiederholen“, sagte Hoffmann und reagierte damit auf Vorwürfe des „Spiegels“, Personalmangel und Kostendruck in den Kliniken hätten zu einer Verschlechterung der Patientenversorgung geführt. (pum)

Yagmur Gedächtnisstiftung verleiht Preis für Zivilcourage

ALTSTADT :: Vor drei Jahren starb die kleine Yagmur an den Misshandlungen, die ihr ihre Eltern zugefügt hatten. Ihr Tod hätte verhindert werden können, wenn Ämter und Behörden aufmerksamer gewesen wären. Aus diesem Grund gründete der Hamburger Michael Lezius (74), selbst Pflegevater, die Yagmur Gedächtnisstiftung. Mit ihr will er Kinderschutz und Kinderrechte verbessern und bis 2024 jährlich den mit 2000 Euro dotierten Preis für „Zivilcourage im Kinderschutz“ verleihen.



Helge Adolphsen (l.) gratuliert Jürgen Fiedler und Petra Daszkowski dpa/Scholz

Am Sonntag, dem dritten Todestag von Yagmur, fand die feierliche Verleihung im Rathaus statt. Mit dabei waren André Trepoll (CDU), ehemaliger Vorsitzender des Yagmur-Untersuchungsausschusses, Staatssekretär Ralf Kleindiek aus dem Familienministerium, sowie Ludwig Salgo (Goethe Universität) und Jurymitglied Helge Adolphsen. Der ehemalige Michel-Hauptpastor stellte den Preisträger vor: Es ist die Plakat-Kampagne „Der Dulsberg sagt Nein!“ vom Arbeitskreis Dulsberg. „Wir werden die Plakataktion im kommenden Jahr wiederholen – und in einem weiteren Schritt auf Eltern zugehen, die Gewalt in der Erziehung ausüben“, so Jürgen Fiedler und Petra Daszkowski vom Arbeitskreis in ihrer Dankesrede.

Neben der Preisverleihung will die Yagmur-Stiftung bis 2024 auch jährlich eine Analyse der Qualität des Kinderschutzes in Hamburg durch einen wissenschaftlichen Expertenkreis vorlegen. „In Hamburg soll kein Kind mehr sterben“, fordert Gründer Lezius. (fru)